

<b>Antrag vom 28.05.2019</b>	
------------------------------	--

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei 10-2.1:

Datum:

Uhrzeit:

## Antrag

Stadträtinnen/Stadträte – Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion
Betreff
<b>„STUTTGART AM MEER 2019“ auch diesen Sommer ermöglichen</b>

Das urbane Sommerfestival „Stuttgart am Meer“ war 2018 eines der größten Highlights des Jahres in der Stadt, wie auch die Stuttgarter Zeitung rückblickend am Jahresende feststellte. Dem Festival war es gelungen, Stuttgart in einer neuen, lebenswerten, spannenden und interessanten urbanen Perspektive zu präsentieren und städtebauliche Impulse für ein Mehr an Wasser in der Stadt zu setzen. Das neuartige Format zwischen Städtebau- und Lifestyle-Festival zog dabei auch die nationale Aufmerksamkeit auf sich und sogar der Nachrichtensendung „heute“ des Zweiten Deutschen Fernsehens war „Stuttgart am Meer“ einen Bericht wert. Mit Antrag 58/2019 fragte die Fraktion der GRÜNEN im Stuttgarter Rathaus nach dem Finanzbedarf bzw. den fehlenden Restmitteln, um „Stuttgart am Meer“ als Veranstaltung am Stadtpalais auch in 2019 zu ermöglichen. In der Antwort wurde ausgeführt, dass ein Betrag von 80.000 Euro fehlt, nachdem 95.000 Euro durch Zuschüsse Dritter gedeckt sind und 50.000 Euro aus Eigenmitteln, mithin also 145.000 Euro zur Verfügung stehen würden. Wir halten die Ausführungen zur Planung des Festivals, die auch in der Antragsbeantwortung übernommen wurden, für unterstützenswert und wollen dieses Festival auch in 2019 ermöglichen. Zur Finanzierung verweisen wir auf die für das New Fall Festival im Rahmen der letzten Haushaltsberatungen durch die antragstellenden Fraktionen zur Verfügung gestellten, jedoch nicht abgerufenen Mittel aus 2018 und 2019 von je 40.000 Euro. Da dies genau die Summe von 80.000 Euro ist, wollen wir, dass diese Mittel nunmehr für „STUTTGART AM MEER 2019“ zur Verfügung gestellt werden.

### Wir beantragen deshalb:

Die Verwaltung bereitet eine Beschlussvorlage zur Umwidmung der beschlossenen Mittel von 80.000 Euro vor und setzt diese zur Beschlussfassung auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Verwaltungsausschusses Anfang Juni.



Andreas Winter



Petra Rühle